

Der Widerstandsreflex

Eine Dokumentation des Beitrags

von Dr. Thomas Petersen

in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

Nr. 195 vom 22. August 2024

INHALT

Tabellenübersicht

Originalmanuskript

Untersuchungsdaten

Anhangtabellen

Schaubilder

Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen
Zeitung Nr. 195 vom 22. August 2024, S. 8,
unter dem Titel:

"Widerstandsreflex Ost. Ost und West sind sich
ähnlicher, als viele meinen – doch nicht in allem."

TABELLENÜBERSICHT

Tabelle	A	1	Die Rangfolge aktueller Sorgen unterscheidet sich In Ost und West kaum
	A	2	Ist unsere Demokratie die beste Staatsform?
	A	3	Meinungsfreiheit
	A	4	Besonders die Anhänger von AfD und BSW fühlen sich von der Politik gegängelt
	B	1	Zweitstimmen-Wahlabsicht (Sonntagsfrage)
Schaubild		1	Aussagen über das politische System in Deutschland
		2	Können mit der Demokratie die Probleme gelöst werden?
		3	Bürger zweiter Klasse – Ich und die meisten
		4	Bürger zweiter Klasse - Trend
		5	Gouvernantenstaat

Originalmanuskript

Dr. Thomas Petersen

Institut für Demoskopie Allensbach

Der Widerstandsreflex

Nach den Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen in zwei Wochen wird es voraussichtlich aufgeregte öffentliche Diskussionen um die Frage geben, ob sich die Menschen in den ostdeutschen Bundesländern von der Demokratie abwenden. Mit gutem Grund, denn es ist in der Tat keine Kleinigkeit, wenn, wie es von heute aus betrachtet wahrscheinlich erscheint, bei den Wahlen die traditionellen Parteien des demokratischen Spektrums nur noch eine Minderheit der Stimmen erhalten und stattdessen populistische und – zumindest in Teilen – radikale Parteien in den Parlamenten die Mehrheit stellen.

Doch es ist auch anzunehmen, dass diese öffentlichen Diskussionen maßgeblich von großstädtischen und überwiegend westdeutschen intellektuellen Eliten in Politik und Medien geführt werden und damit aus einer Außenperspektive heraus. Es werden dann Fragen gestellt werden wie: „Was ist denn da los?“ oder „Driftet der Osten ab?“ „Da“ oder „Der Osten“, das sind die anderen. Daran ist

zunächst einmal nichts Ehrenrühriges und bis zu einem bestimmten Grad ist es auch unvermeidlich, doch es führt zu einem Missverständnis der Gesellschaft in Ostdeutschland, in der in mancherlei Hinsicht eine etwas andere Stimmung herrscht, als man von Westdeutschland aus annehmen könnte. Dies zeigen deutlich die Ergebnisse der aktuellen Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag der FAZ.

Man kann oft hören, Ost- und Westdeutschland seien zwei grundverschiedene Gesellschaften, die sich weltanschaulich immer mehr voneinander entfernen. Doch die Umfragen bestätigen dies nicht. Alles in allem unterscheiden sich Ost- und Westdeutsche bezogen auf die meisten Themen nicht allzu stark voneinander. Dies zeigen beispielsweise die Ergebnisse der Frage, was einem zurzeit Sorgen bereitet. Dazu wurde eine Liste mit 18 Punkten zur Auswahl vorgelegt. Dass ihnen der Krieg in der Ukraine große Sorgen bereite, sagten 71 Prozent der Westdeutschen und 73 Prozent der Ostdeutschen. Die Inflation machte 67 Prozent der Westdeutschen und 75 Prozent der Ostdeutschen große Sorgen. Dass Deutschland in militärische Konflikte hineingezogen werden könnte, fanden 63 Prozent der Befragten im Westen und 72 Prozent im Osten sehr besorgniserregend. Bei dem Punkt „Dass immer mehr Flüchtlinge nach Deutschland kommen“ betrug das Verhältnis 59 Prozent (West) zu 69 Prozent (Ost). Man

Tabelle A 1

könnte die Liste noch weiter fortsetzen. Es gibt durchaus graduelle Unterschiede zwischen den Antworten West- und Ostdeutscher, oft, wenn auch nicht bei allen Punkten, sind Ostdeutsche etwas besorgter als Westdeutsche, doch die Reihenfolge der am häufigsten genannten Sorgen ist sehr ähnlich. Von einer fundamental anderen Wahrnehmung der Lage kann keine Rede sein.

Deutliche und auch systematische Unterschiede zwischen Ost und West gibt es allerdings bei Fragen, die die Bindung an die Demokratie und ihre Institutionen betreffen. So stimmten in der aktuellen Umfrage 27 Prozent der Westdeutschen, aber 54 Prozent der Ostdeutschen der Aussage „Wir leben nur scheinbar in einer Demokratie, tatsächlich haben die Bürger nichts zu sagen“ zu. Bei der These „Sozialismus ist eine gute Idee, die nur schlecht umgesetzt wurde“ beträgt das Verhältnis 18 Prozent im Westen zu 43 Prozent im Osten. Bei der Aussage „Wir brauchen einen starken Politiker an der Spitze, keine endlosen Debatten und Kompromisse“ ist der Abstand mit 49 (West) zu 60 Prozent (Ost) kleiner, weist aber in die gleiche Richtung.

Schaubild 1

Diese Ergebnisse lassen sich nicht anders deuten denn als Zeichen für eine schwächere Demokratieverankerung im Osten. Natürlich ist bei Weitem nicht jeder, der diesen Aussagen zustimmt, allein schon deswegen als Gegner der Demokratie einzustufen, doch es handelt

sich um Hinweisfragen, in der Fachsprache spricht man von Indikatoren: Je mehr Menschen solchen Aussagen zustimmen, desto schwächer ist das Fundament der Demokratie.

Doch der Befund, dass in den ostdeutschen Ländern die Demokratieverankerung schwächer ist als im Westen, ist alles andere als eine Neuigkeit. Der Aussage „Mit der Demokratie können wir die Probleme lösen, die wir in der Bundesrepublik haben“ stimmten in der aktuellen Umfrage 55 Prozent der Westdeutschen und nur 27 Prozent der Ostdeutschen zu. Diese Frage wurde zum ersten Mal im Jahr 1991 gestellt. Seitdem schwankten die Anteile derjenigen, die angaben, mit der Demokratie könne man die Probleme des Landes lösen. Die aktuellen Werte sind vergleichsweise, aber nicht außergewöhnlich niedrig. Der Abstand zwischen den Antworten Ost- und Westdeutscher aber blieb in der gesamten Zeit praktisch unverändert. Das gleiche gilt für die ebenfalls seit 1991 regelmäßig gestellte Frage „Glauben Sie, die Demokratie, die wir in der Bundesrepublik haben, ist die beste Staatsform, oder gibt es eine andere Staatsform, die besser ist?“ Vor 33 Jahren beantworteten 80 Prozent der Westdeutschen und 31 Prozent der Ostdeutschen die Frage mit „Ja“. Heute sind es 74 bzw. 38 Prozent. Man hat nach der Wiedervereinigung geglaubt, die Vorzüge von Demokratie, Marktwirtschaft und Rechtstaatlichkeit seien so offensichtlich, dass

Schaubild 2

Tabelle A 2

man nicht für sie werben und sie nicht aktiv verteidigen müsse. Dieser Fehler hat sicherlich die Grundlagen für den Aufstieg populistischer Bewegungen in Ostdeutschland geschaffen, doch er kann nicht der konkrete Auslöser der aktuellen Verschiebungen im Parteiensystem sein.

Auch die verbreitete Vorstellung, dass Ostdeutsche in der Bundesrepublik systematisch benachteiligt seien, wird als Faktor der Radikalisierung wahrscheinlich überschätzt. Auf die Frage „Was meinen Sie, fühlen sich Ostdeutsche als Bürger zweiter Klasse oder sich fühlen die meisten nicht als Bürger zweiter Klasse?“ antworteten in der aktuellen Umfrage 59 Prozent der Ostdeutschen, ihrer Ansicht nach fühlten sich die meisten Menschen im Osten als Bürger zweiter Klasse. Fragte man dagegen, ob man sich selbst als Bürger zweiter Klasse fühle, antworteten nur 32 Prozent mit „Ja“. Eine Mehrheit von 51 Prozent in Ostdeutschland widersprach ausdrücklich. Der Anteil derjenigen, die sich selbst als Bürger zweiter Klasse bezeichnen, liegt heute damit weitaus niedriger als im Jahr 2002. Damals hatten noch 57 Prozent diese Antwort gegeben. Für den gegenwärtig wachsenden Unmut kann dieser Faktor damit kaum verantwortlich sein. Man kann sich des Verdachts nicht erwehren, dass das Schlagwort vom Bürger zweiter Klasse heute mehr aus den Medien als aus der ostdeutschen Bevölkerung selbst kommt.

Schaubild 3

Schaubild 4

Eine andere Ursache des Ärgers über die Politik in den ostdeutschen Bundesländern wird dagegen wahrscheinlich in der öffentlichen Diskussion unterschätzt: das Gefühl, immer mehr bevormundet zu werden.

In den letzten Jahren hat in der Bevölkerung allgemein der Eindruck zugenommen, dass man im Alltag in seiner Freiheit beschränkt ist durch die Intoleranz in der öffentlichen Diskussion. Mittlerweile ist knapp die Hälfte der Deutschen der Ansicht, man könne seine politische Meinung nicht mehr frei äußern. Gleichzeitig wächst bei den Bürgern der Unmut über einen zunehmend als übergriffig empfundenen Staat, von dem sie den Eindruck haben, er wolle ihnen bis ins Kleinste vorschreiben, was sie zu denken und wie sie zu leben hätten. Und meistens, so der Eindruck, wird das, was sie selbst im Alltag tun, als falsch, wenn nicht gar moralisch verwerflich gebrandmarkt. Bei den Bürgern kommt die Botschaft an: „Du hast die falschen politischen Ziele, du fährst das falsche Auto, du isst das Falsche, du bist ein unmoralischer Mensch.“ Dieses Gefühl ist heute auch in Westdeutschland weit verbreitet, doch in Ostdeutschland ist dies noch stärker der Fall. Dies zeigt sich an den Ergebnissen der Frage: „Neulich sagte uns jemand: ‚Ich habe das Gefühl, die Politik möchte mir immer mehr vorschreiben, wie ich mein Leben zu führen habe.‘ Sehen Sie das auch so, oder sehen Sie

Tabelle A 3

das nicht so?“ 54 Prozent der Bevölkerung insgesamt antworteten auf die Frage, sie sähen das auch so. Nur 31 Prozent widersprachen und meinten ausdrücklich, sie sähen das nicht so.

Schaubild 5

In Ostdeutschland hatten dagegen sogar fast zwei Drittel der Befragten, 63 Prozent, den Eindruck, die Politik wolle ihnen immer mehr vorschreiben, wie sie ihr Leben zu führen hätten, während es in Westdeutschland „nur“ 53 Prozent waren.

Man muss sich vor Augen halten, dass der Versuch des Staates, den Menschen minutiös ihre Werte und ihr Verhalten vorzuschreiben, in Ostdeutschland wahrscheinlich auf größeren inneren Widerstand stößt als im Westen, weil die Menschen hier über Jahrzehnte hinweg die Erfahrung mit einem totalitären Staatswesen haben machen müssen, das sie in keinem Winkel ihres Lebens in Ruhe ließ. Der Charakter vieler aktueller öffentlicher Diskussionen weckt da ungute Erinnerungen, was wiederum viele Westdeutsche, die keine solchen Erfahrungen machen mussten, nicht verstehen.

Wenn Ostdeutsche sich über eine Meinungsdictatur beklagen, die sie an die DDR erinnere, reagieren Westdeutsche darauf nicht selten empört mit dem Verweis darauf, dass man das doch nicht mit den Zuständen in der DDR vergleichen könne, und schütteln den Kopf über die vermeintliche Unfähigkeit der

Ostdeutschen, eine Demokratie von der Diktatur zu unterscheiden. Dabei verstehen sie nur nicht, worauf die ostdeutsche Gegenseite hinweisen will: Natürlich wissen die meisten Ostdeutschen sehr gut, dass die Bundesrepublik keine Diktatur ist. Doch sie haben genug Erfahrungen mit einem Staat gemacht, der ihnen bis ins Privatleben hinein vorschreiben wollte, was sie zu denken und wie sie sich zu verhalten hätten, um zu wissen, dass sie das nie wieder haben wollen.

Man muss annehmen, dass hier ein nicht unbedeutendes Motiv liegt, sich Protestparteien zuzuwenden. Deswegen ist es auch kaum verwunderlich, dass der Anteil derjenigen, die der Aussage „Ich habe das Gefühl, die Politik möchte mir immer mehr vorschreiben, wie ich mein Leben zu führen habe“ zustimmen, unter den Anhängern der AfD und des BSW am größten ist. Das Gefühl, geängelt zu werden, führt zu Widerstand. Man kann das demokratiethoretisch eigentlich als einen begrüßenswerten Reflex betrachten. Doch wenn er nur von radikalen Parteien aufgegriffen wird, unterhöhlt dies letztlich die Demokratie. Es wird eine wichtige Aufgabe der nächsten Jahre sein, den belehrenden, besserwisserischen Tonfall aus der öffentlichen Diskussion herauszunehmen und sich mit Versuchen, das Alltagsleben der Bürger zu regulieren, mehr als zuletzt zurückzuhalten.

Tabelle A 4

UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis:	Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland
Anzahl der Befragten:	1051
Befragungszeitraum:	3.08. bis 15.08.2024
Methode:	Repräsentative Quotenauswahl
Art der Interviews:	Mündlich-persönliche Interviews (face-to-face)

Anhangtabellen

Die Rangfolge aktueller Sorgen unterscheidet sich in Ost und West kaum

Tabelle A 1
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Es soll untersucht werden, was den Menschen heute große Sorgen bereitet, was sie bedrückt. Könnten Sie diese Liste bitte einmal durchsehen und mir alle Punkte nennen, von denen Sie sagen würden: Ja, das macht mir große Sorgen?"

	Bevölkerung		
	insgesamt	West	Ost
Der Krieg in der Ukraine	71	71	73
Die Preissteigerungen, die Inflation	68	67	75
Dass Deutschland in militärische Konflikte hineingezogen werden könnte.....	65	63	72
Dass immer mehr Flüchtlinge nach Deutschland kommen	61	59	69
Dass Gewalt und Kriminalität zunehmen	60	59	63
Dass die politische Stabilität in Deutschland abnimmt	53	52	54
Dass unsere Regierung zu schwach sein könnte	44	44	46
Dass die AfD so stark ist	43	45	35
Der Klimawandel	43	44	39
Die allgemeine Unsicherheit, wie es weitergeht.....	42	38	57
Dass Donald Trump wieder amerikanischer Präsident wird.....	42	44	31
Dass die Demokratie durch extreme Kräfte in Gefahr gerät.....	41	41	40
Dass die Unterschiede zwischen Arm und Reich größer werden.....	39	37	49
Die steigenden Wohnkosten.....	37	36	43
Der schlechte Zustand der Infrastruktur, des Straßen- und Schienennetzes.....	36	36	34
Dass ich im Krankheits- oder Pflegefall nicht gut versorgt werde.....	34	32	44
Dass ich meine Energie- und Heizkosten nicht mehr bezahlen kann.....	30	28	37
Dass ich im Alter nicht ausreichend abgesichert sein könnte	27	26	29

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12089, August 2024

Ist unsere Demokratie die beste Staatsform?

Tabelle A 2
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Glauben Sie, die Demokratie, die wir in der Bundesrepublik haben, ist die beste Staatsform, oder gibt es eine andere Staatsform, die besser ist?"
(1991 nicht: „die wir in der Bundesrepublik haben“)

	Bevölkerung					
	insgesamt		West		Ost	
	1991 %	2024 %	1991 %	2024 %	1991 %	2024 %
Demokratie ist beste Staatsform	76	67	80	74	31	38
Gibt andere, die besser ist	8	11	8	7	26	27
Unentschieden	<u>16</u>	<u>22</u>	<u>12</u>	<u>19</u>	<u>43</u>	<u>35</u>
	100	100	100	100	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 5050, 12089

Meinungsfreiheit

Tabelle A 3
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Haben Sie das Gefühl, dass man heute in Deutschland seine Meinung frei sagen kann, oder ist es besser, vorsichtig zu sein?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Kann frei reden.....	39
Mit Einschränkungen.....	7
Besser vorsichtig sein	46
Unentschieden	<u>8</u>
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12078

Besonders die Anhänger von AfD und BSW
fühlen sich von der Politik gegängelt

Tabelle A 4
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Neulich sagte jemand: ‚Ich habe das Gefühl, die Politik möchte mir immer mehr vorschreiben, wie ich mein Leben zu führen habe.‘ Sehen Sie das auch so, oder sehen sie das nicht so?"

Bevölkerung insgesamt	Anhänger der –						
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ Grüne	Die Linke	AfD	BSW
%	%	%	%	%	%	%	%
Sehe das auch so 54	60.....	42.....	42.....	21.....	47.....	87.....	71
Sehe das nicht so..... 31	26.....	39.....	41.....	57.....	38.....	10.....	17
Unentschieden <u>15</u> 100	<u>14</u> 100	<u>19</u> 100	<u>17</u> 100	<u>22</u> 100	<u>15</u> 100	<u>3</u> 100	<u>12</u> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12089

Zweitstimmen		Gesamtdeutschland								
		CDU/ CSU %	FDP %	SPD %	Bü.90/ GRÜNE %	DIE LINKE %	AfD %	Freie Wähler %	BSW %	Sons- tige %
2016:	Jahresdurchschnitt	34,0	7,5	23,0	11,0	9,0	11,0	-	-	4,5
2017:	Jahresdurchschnitt	36,0	9,0	25,0	8,5	8,5	9,0	-	-	4,0
2018:	Jahresdurchschnitt	31,5	9,5	19,0	13,0	9,5	13,5	-	-	4,0
2019:	Jahresdurchschnitt	30,0	7,5	16,0	20,5	8,0	13,0	-	-	5,0
2020:	Jahresdurchschnitt	35,5	6,5	16,0	20,0	7,5	10,0	-	-	4,5
2021:	Jahresdurchschnitt	28,5	10,5	20,0	19,0	6,5	10,0	-	-	5,5
Bundestagswahl 26.09.2021		24,1	11,5	25,7	14,8	4,9	10,3	-	-	8,7
2022:	1. Halbjahr	26,0	10,0	25,5	17,5	5,0	9,5	-	-	6,5
	2. Halbjahr	29,5	7,0	20,5	19,5	5,0	13,0	-	-	5,5
	Jahresdurchschnitt	28,0	8,5	23,0	18,5	5,0	11,0	-	-	6,0
2023:	1. Quartal	30,5	6,5	21,5	16,5	4,5	14,5	-	-	6,0
	2. Quartal	31,5	8,0	19,0	15,0	4,5	16,0	-	-	6,0
	3. Quartal	29,5	7,5	19,0	14,5	4,5	18,5	-	-	6,5
	4. Quartal	33,0	5,5	17,0	14,0	3,5	18,5	3,5	-	5,0
	Jahresdurchschnitt	31,0	7,0	19,0	15,0	4,0	17,0	1,0	-	6,0
2024:	5. - 18. Januar	34,0	6,0	15,0	13,5	4,0	19,5	3,0	-	5,0
	3. - 15. Februar	32,0	6,0	15,0	14,0	3,0	18,0	-	7,0	5,0
	1. - 14. März	34,0	5,0	15,0	14,0	3,0	16,0	-	7,0	6,0
	5. - 18. April	32,5	6,0	16,0	15,0	3,0	16,0	-	7,0	4,5
	4. - 16. Mai	32,5	6,0	17,5	13,0	3,0	14,0	-	8,0	6,0
	1. - 13. Juni	32,0	6,0	16,0	13,0	3,0	15,0	-	7,0	8,0
	5. - 19. Juli	32,0	6,0	16,5	11,5	-	17,0	-	8,0	9,0
	3. - 15. August	34,0	5,0	16,0	11,5	3,0	16,0	-	7,0	7,5

Befragt wurden in der aktuellen Umfrage persönlich-mündlich insgesamt 1.051 Personen.

Bei dieser Stichprobengröße beträgt die Fehlerspanne bei einem Anteilswert von 30 Prozent rund +/- 3 Prozentpunkte und bei einem Anteilswert von 10 Prozent rund +/- 2 Prozentpunkte.

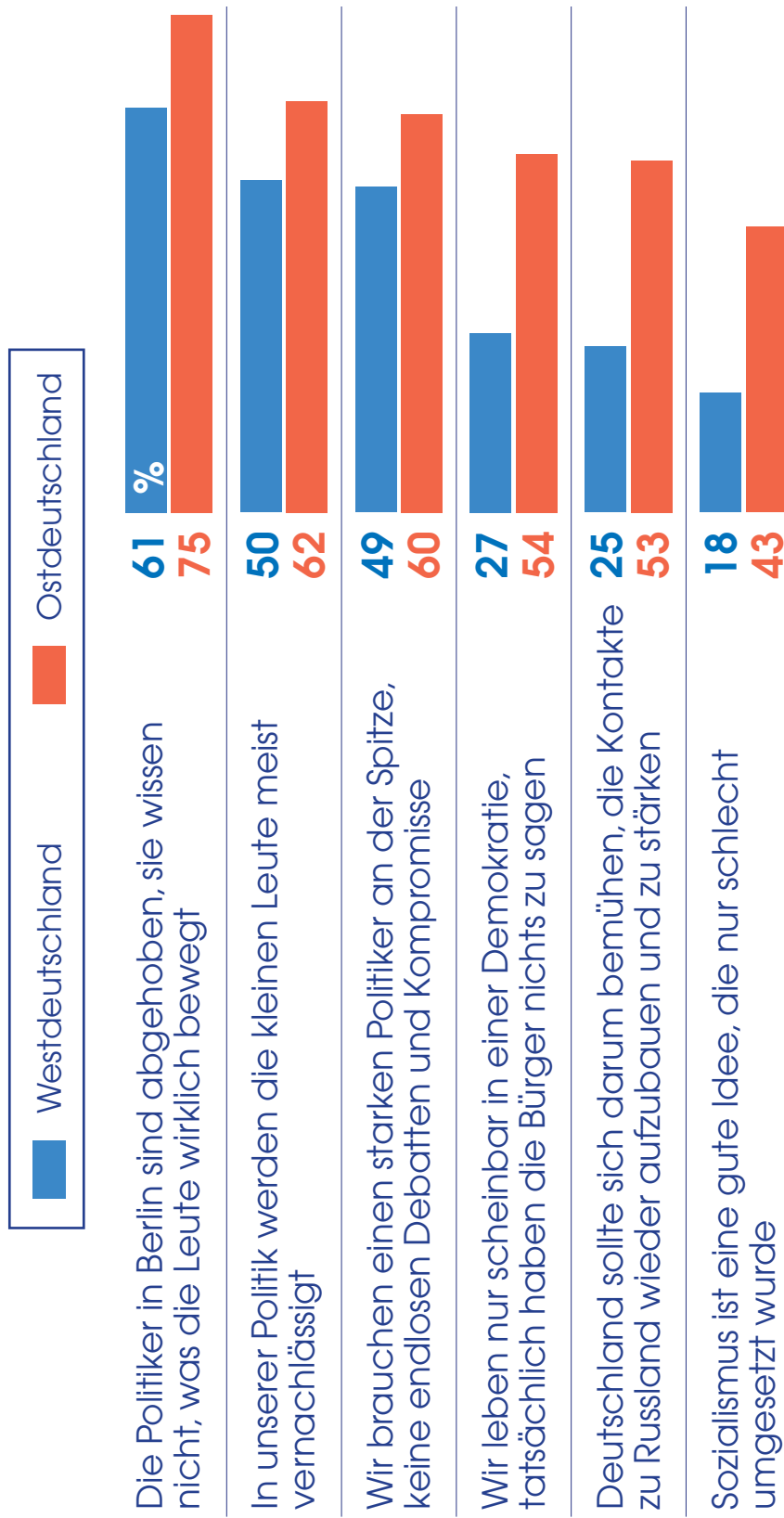
QUELLE: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Institut für Demoskopie, zuletzt IfD-Umfrage 12089

Schaubilder

Aussagen über das politische System in Deutschland

Frage: "Hier auf der Liste stehen einige Aussagen über den Staat und unser politisches System. Was davon würden Sie auch sagen?"

- Auszug aus den Angaben -



An 100 fehlende Prozent: unentschieden

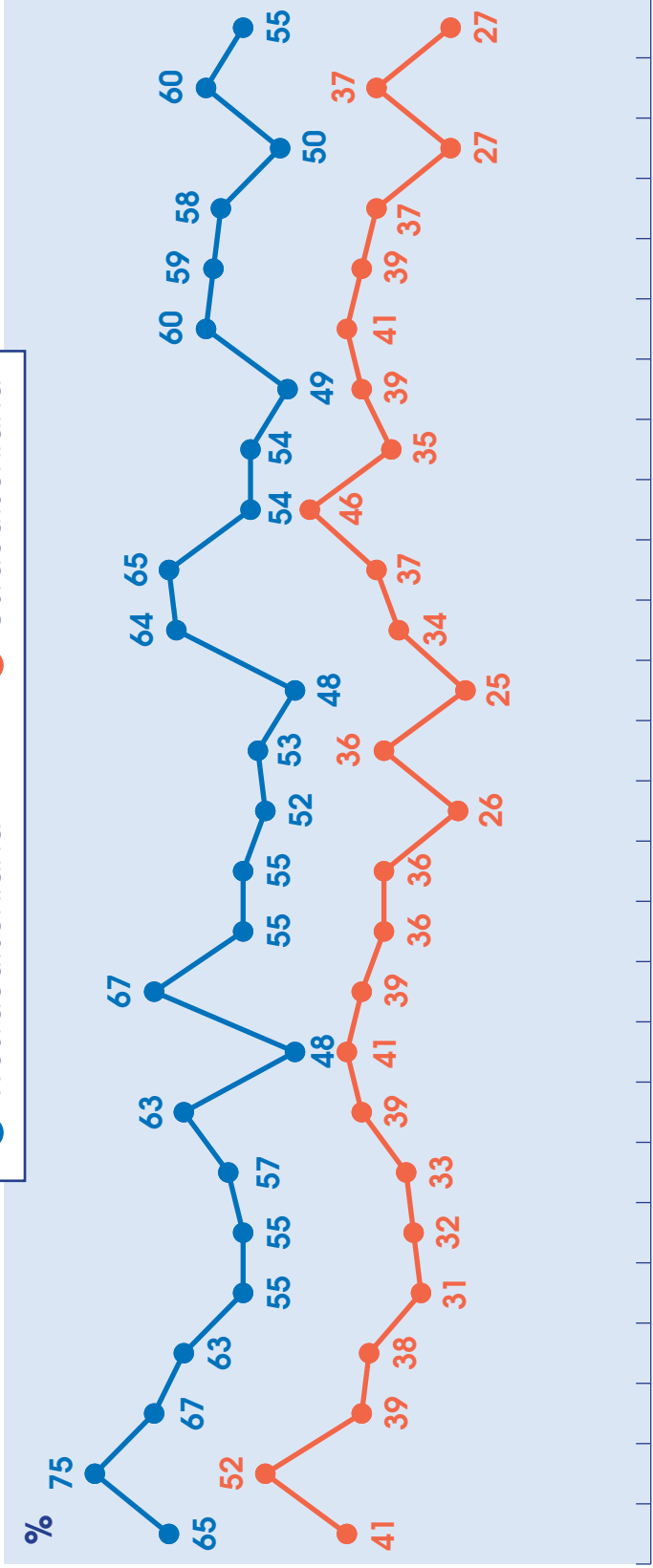
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12089

Können mit der Demokratie die Probleme gelöst werden?

Frage: "Wenn jemand sagt: 'Mit der Demokratie können wir die Probleme lösen, die wir in der Bundesrepublik haben.' Würden Sie dem zustimmen oder nicht?"

"Würde zustimmen"

● Westdeutschland ● Ostdeutschland



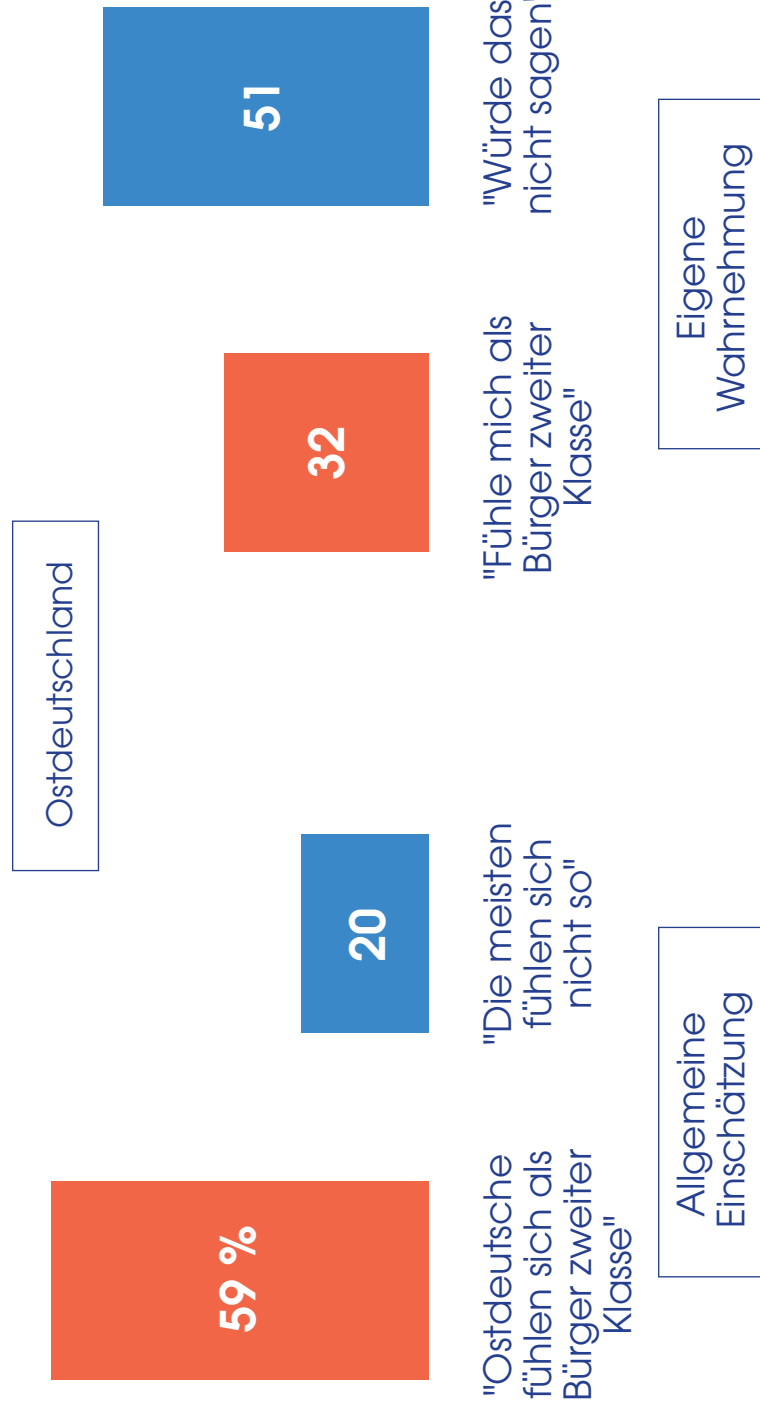
1991 1992 1994 1995 1997 1998 1999 2000 2001 2002 2003 2004 2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011 2012 2013 2014 2015 2018 2023 2024

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12089

Bürger zweiter Klasse? – Ich und die meisten

Fragen: "Man hört und liest ja manchmal, dass Ostdeutsche sich öfter als Bürger zweiter Klasse fühlen. Was meinen Sie: Stimmt das, fühlen sich Ostdeutsche als Bürger zweiter Klasse, oder fühlen sich die meisten nicht als Bürger zweiter Klasse?"

"Wie geht es Ihnen: Haben Sie auch das Gefühl, Bürger zweiter Klasse zu sein, oder würden Sie das nicht sagen?"



An 100 fehlende Prozent: unentschieden

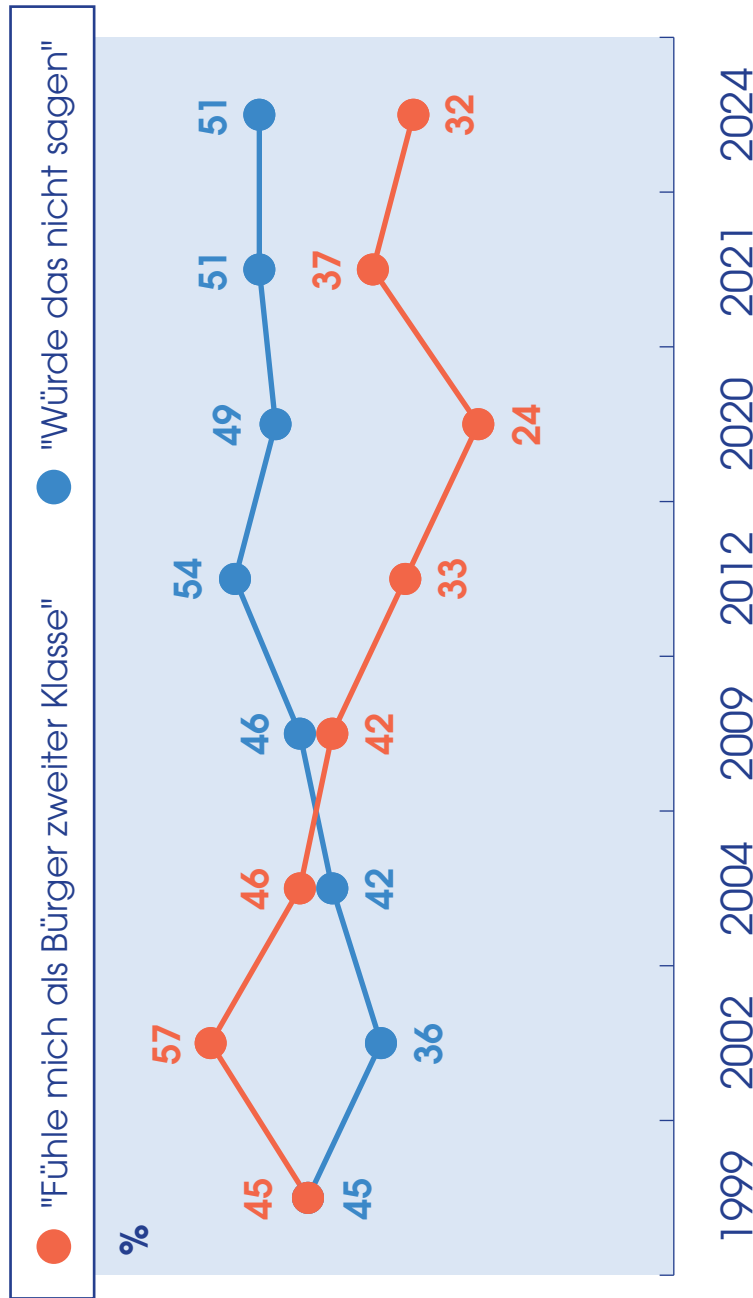
Basis: Ostdeutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12089

Bürger zweiter Klasse? – Trend

Frage: "Wie geht es Ihnen:
Haben Sie auch das Gefühl, Bürger zweiter Klasse zu sein, oder würden Sie das nicht sagen?"

Haben Sie auch das Gefühl, Bürger zweiter Klasse zu sein, oder würden Sie das nicht sagen?"

Ostdeutschland

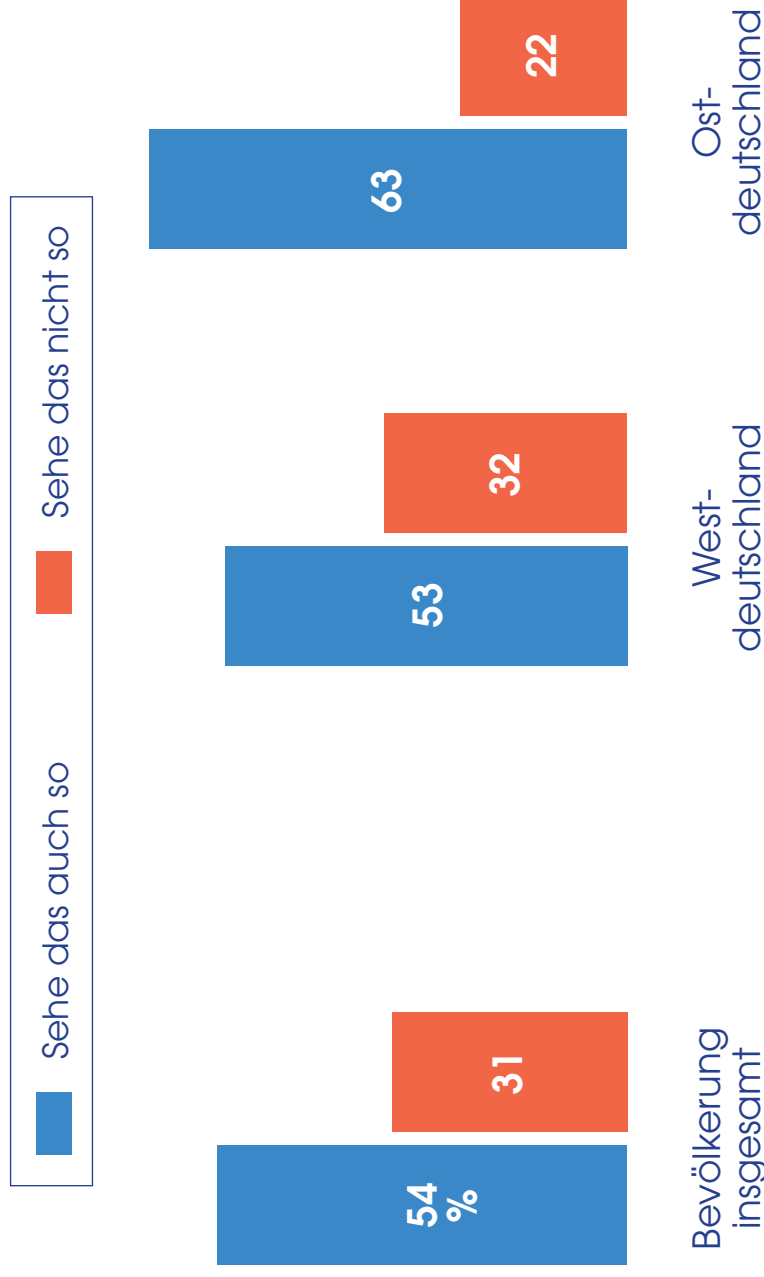


An 100 fehlende Prozent: unentschieden

Basis: Ostdeutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12089

Gouvernantenstaat

Frage: "Neulich sagte jemand: 'Ich habe das Gefühl, die Politik möchte mir immer mehr vor-schreiben, wie ich mein Leben zu führen habe.' Sehen Sie das auch so, oder sehen Sie das nicht so?"



An 100 fehlende Prozent: unentschieden

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12089

Veröffentlichung in der
Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 195
vom 22. August 2024, S. 8, unter dem Titel:

"Widerstandsreflex Ost. Ost und West sind sich
ähnlicher als viele meinen – doch nicht in allem."

DEUTSCHE FRAGEN – DEUTSCHE ANTWORTEN

Widerstandsreflex Ost

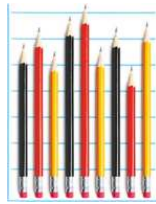
Nach den Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen in zwei Wochen wird es voraussichtlich aufgeregte Diskussionen über die Frage geben, ob sich die Menschen in den ostdeutschen Bundesländern von der Demokratie abwenden. Doch es ist auch anzunehmen, dass diese öffentlichen Diskussionen maßgeblich von großstädtischen und überwiegend westdeutschen intellektuellen Eliten in Politik und Medien geführt werden und damit aus einer Außenperspektive heraus. Es werden dann Fragen gestellt werden wie: „Was ist denn da los?“ oder „Driftet der Osten ab?“, „Da“ oder „Der Osten“, das sind die anderen. Daran ist zunächst einmal nichts Ehrenrühriges, und bis zu einem bestimmten Grad ist es auch unvermeidlich, doch es führt zu einem Missverständnis der Gesellschaft in Ostdeutschland, in der in mancherlei Hinsicht eine etwas andere Stimmung herrscht, als man von Westdeutschland aus annehmen könnte. Dies zeigt deutlich die Ergebnisse der aktuellen Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag der F.A.Z.

Man kann oft hören, Ost- und Westdeutschland seien zwei grundverschiedene Gesellschaften, die sich weltanschaulich immer mehr voneinander entfernen. Doch die Umfragen bestätigen dies nicht. Alles in allem unterscheiden sich Ost- und Westdeutsche bezogen auf die meisten Themen nicht allzu stark voneinander. Dies zeigt beispielsweise die Ergebnisse der Frage, was einem zurzeit Sorgen bereitet. Dazu wurde eine Liste mit 18 Punkten zur Auswahl vorgelegt. Dass ihnen der Krieg in der Ukraine große Sorgen bereite, sagten 71 Prozent der Westdeutschen und 73 Prozent der Ostdeutschen. Die Inflation machte 67 Prozent der Westdeutschen und 75 Prozent der Ostdeutschen große Sorgen. Dass Deutschland in militärische Konflikte hineingezogen werden könnte, fanden 63 Prozent der Befragten im Westen und 72 Prozent im Osten sehr besorgniserregend. Bei dem Punkt „Dass immer mehr Flüchtlinge nach Deutschland kommen“ betrug das Verhältnis 59 Prozent (West) zu 69 Prozent (Ost). Man könnte die Liste noch weiter fortsetzen. Es gibt durchaus graduelle Unterschiede zwischen den Antworten West- und Ostdeutscher, oft, wenn auch nicht bei allen Punkten, sind Ostdeutsche etwas besorgter als Westdeutsche, doch die Reihenfolge der am häufigsten genannten Sorgen ist sehr ähnlich. Von einer fundamental anderen Wahrnehmung der Lage kann keine Rede sein.

Deutliche und auch systematische Unterschiede zwischen Ost und West gibt es allerdings bei Fragen, die die Bindung an die Demokratie und ihre Institutionen betreffen. So stimmten in der aktuellen Umfrage 27 Prozent der Westdeutschen, aber 54 Prozent der Ostdeutschen der Aussage „Wir leben nur scheinbar in einer Demokratie, tatsächlich haben die Bürger nichts zu sagen“ zu. Bei der These „Sozialismus ist eine gute Idee, die nur schlecht umgesetzt wurde“ beträgt das Verhältnis 18 Prozent im Westen zu 43 Prozent im Osten. Bei der Aussage „Wir brauchen einen starken Politiker an der Spitze, keine endlosen Debatten und Kompromisse“ ist der Abstand mit 49 (West) zu 60 Prozent (Ost) kleiner, weist aber in die gleiche Richtung

Diese Ergebnisse lassen sich nicht anders deuten denn als Zeichen für eine schwächere Demokratieverankerung im Osten. Natürlich ist bei Weitem nicht jeder, der diesen Aussagen zustimmt, allein schon deswegen als Gegner der Demokratie einzustufen, doch es handelt sich um Hinweisfragen, in der Fachsprache spricht man von Indikatoren: Je mehr Menschen solchen Aussagen zustimmen, desto schwächer ist das Fundament der Demokratie.

Der Befund, dass in den ostdeutschen Ländern die Demokratieverankerung schwächer ist als im Westen, ist alles andere als eine Neuigkeit. Der Aussage „Mit der Demokratie können wir die Probleme lösen, die wir in der Bundesrepublik ha-



Ost und West sind sich ähnlicher, als viele meinen – doch nicht in allem.

Von Thomas Petersen, Institut für Demoskopie Allensbach

ben“ stimmten in der aktuellen Umfrage 55 Prozent der Westdeutschen und nur 27 Prozent der Ostdeutschen zu. Diese Frage wurde zum ersten Mal im Jahr 1991 gestellt. Seitdem schwankten die Anteile derjenigen, die angaben, mit der Demokratie könne man die Probleme des Landes lösen. Die aktuellen Werte sind vergleichsweise, aber nicht außergewöhnlich niedrig. Der Abstand zwischen den Antworten Ost- und Westdeutscher aber blieb in der gesamten Zeit praktisch unverändert. Das Gleiche gilt für die ebenfalls seit 1991 regelmäßig gestellte Frage „Glauben Sie, die Demokratie, die wir in der Bundesrepublik haben, ist die beste Staatsform, oder gibt es eine andere Staatsform, die besser ist?“. Vor 33 Jahren beantworteten 80 Prozent der Westdeutschen und 31 Prozent der Ostdeutschen die Frage mit „Ja“. Heute sind es 74 gegenüber 38 Prozent. Man hat nach der Wiedervereinigung geglaubt, die Vorzüge von Demokratie, Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit seien so offensichtlich, dass man nicht für sie werben und sie nicht aktiv verteidigen müsse. Dieser Fehler hat sicherlich die Grundlagen für den Auf-

stieg populistischer Bewegungen in Ostdeutschland geschaffen, doch er kann nicht der konkrete Auslöser der aktuellen Verschiebungen im Parteiensystem sein.

Auch die verbreitete Vorstellung, dass Ostdeutsche in der Bundesrepublik systematisch benachteiligt seien, wird als Faktor der Radikalisierung wahrscheinlich überschätzt. Auf die Frage „Was meinen Sie, fühlen sich Ostdeutsche als Bürger zweiter Klasse, oder fühlen sich die meisten nicht als Bürger zweiter Klasse?“ antworteten in der aktuellen Umfrage 59 Prozent der Ostdeutschen, ihrer Ansicht nach fühlten sich die meisten Menschen im Osten als Bürger zweiter Klasse. Fragte man dagegen, ob man sich selbst als Bürger zweiter Klasse fühle, antworteten nur 32 Prozent mit „Ja“. Eine Mehrheit von 51 Prozent in Ostdeutschland widersprach ausdrücklich. Der Anteil derjenigen, die sich selbst als Bürger zweiter Klasse bezeichnen, liegt heute damit weit unter niedriger als im Jahr 2002. Damals hatten noch 57 Prozent diese Antwort gegeben. Für den gegenwärtig wachsenden Unmut kann dieser Faktor damit kaum verantwortlich sein. Man kann sich des

Verdachts nicht erwehren, dass das Schlagwort vom Bürger zweiter Klasse heute mehr aus den Medien als aus der ostdeutschen Bevölkerung selbst kommt.

Eine andere Ursache des Ärgers über die Politik in den ostdeutschen Bundesländern wird dagegen wahrscheinlich in der öffentlichen Diskussion unterschätzt: das Gefühl, immer mehr bevormundet zu werden. In den letzten Jahren hat in der Bevölkerung allgemein der Eindruck zugenommen, dass man im Alltag in seiner Freiheit beschränkt ist durch die Intoleranz in der öffentlichen Diskussion. Mittlerweile ist knapp die Hälfte der Deutschen der Ansicht, man könne seine politische Meinung nicht mehr frei äußern. Gleichzeitig wächst bei den Bürgern der Unmut über einen zunehmend als übergriffig empfundenen Staat, von dem sie den Eindruck haben, er wolle ihnen bis ins kleinste vorschreiben, was sie zu denken und wie sie zu leben hätten. Und meistens, so der Eindruck, wird das, was sie selbst im Alltag tun, als falsch, wenn nicht gar moralisch verwerflich gebrandmarkt. Bei den Bürgern kommt die Botschaft an: „Du hast die falschen politischen Ziele, du fährst das falsche Auto, du isst das Falsche, du bist ein unmoralischer Mensch.“ Dieses Gefühl ist heute auch in Westdeutschland weitverbreitet, doch in Ostdeutschland ist dies noch stärker der Fall. Dies zeigt sich an den Ergebnissen der Frage: „Neulich sagte uns jemand: ‚Ich habe das Gefühl, die Politik möchte mir immer mehr vorschreiben, wie ich mein Leben zu führen habe.‘ Sehen Sie das auch so, oder sehen Sie das nicht so?“ 54 Prozent der Bevölkerung insgesamt antworteten auf die Frage, sie sähen das auch so. Nur 31 Prozent widersprachen und meinten ausdrücklich, sie sähen das nicht so.

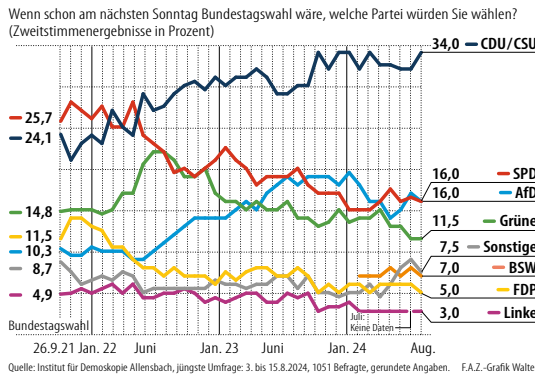
In Ostdeutschland hatten dagegen sogar fast zwei Drittel der Befragten, 63 Prozent, den Eindruck, die Politik wolle ihnen immer mehr vorschreiben, wie sie ihr Leben zu führen hätten, während es in Westdeutschland „nur“ 53 Prozent waren.

Man muss sich vor Augen halten, dass der Versuch des Staates, den Menschen minutiös ihre Werte und ihr Verhalten vorzuschreiben, in Ostdeutschland wahrscheinlich auf größeren inneren Widerstand stößt als im Westen, weil die Menschen hier über Jahrzehnte hinweg die Erfahrung mit einem totalitären Staatswesen haben machen müssen, das sie in keinem Winkel ihres Lebens in Ruhe ließ. Der Charakter vieler aktueller öffentlicher Diskussionen weckt da ungute Erinnerungen, was wiederum viele Westdeutsche, die keine solchen Erfahrungen machen mussten, nicht verstehen.

Wenn Ostdeutsche sich über eine Meinungsdictatur beklagen, die sie an die DDR erinnere, reagieren Westdeutsche darauf nicht selten empört mit dem Verweis darauf, dass man das doch nicht mit den Zuständen in der DDR vergleichen könne, und schütteln den Kopf über die vermeintliche Unfähigkeit der Ostdeutschen, eine Demokratie von der Diktatur zu unterscheiden. Dabei verstehen sie nur nicht, worauf die ostdeutsche Gegenseite hinweisen will: Natürlich wissen die meisten Ostdeutschen sehr gut, dass die Bundesrepublik keine Diktatur ist. Doch sie haben genug Erfahrungen mit einem Staat gemacht, der ihnen bis ins Privatleben hinein vorschreiben wollte, was sie zu denken und wie sie sich zu verhalten hätten, um zu wissen, dass sie das nie wieder haben wollen.

Man muss annehmen, dass hier ein nicht unbedeutendes Motiv liegt, sich Protestparteien zuzuwenden. Deswegen ist es auch kaum verwunderlich, dass der Anteil derjenigen, die der Aussage „Ich habe das Gefühl, die Politik möchte mir immer mehr vorschreiben, wie ich mein Leben zu führen habe“ zustimmen, unter den Anhängern der AfD und des BSW am größten ist. Das Gefühl, gegängelt zu werden, führt zu Widerstand. Man kann das demokratietheoretisch eigentlich als einen begründeten Reflex betrachten. Doch wenn er nur von radikalen Parteien aufgegriffen wird, unterhöhlt dies letztlich die Demokratie.

Die Stärke der Parteien



Abwendung von der Demokratie?

